



An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

VORLAGE
17/6060

Alle Abg

 . November 2021

Entwurf einer Verordnung über die Aufstellung von Wahlbewerbern und die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlungen für die Wahl zum 18. Landtag Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen der COVID-19-Pandemie (COVID-19-Wahlbewerberaufstellungsverordnung NRW)

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

die Landesregierung hat den Entwurf einer Verordnung über die Aufstellung von Wahlbewerbern und die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlungen für die Wahl zum 18. Landtag Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen der COVID-19-Pandemie (COVID-19-Wahlbewerberaufstellungsverordnung NRW) beschlossen.

Die Verordnung bedarf nach § 46 Absatz 6 des Landeswahlgesetzes der Zustimmung des Landtags.

Die Landesregierung hat beschlossen, dass die Verordnung vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags ausgefertigt werden soll.

Mit freundlichen Grüßen

Hendrik Wüst MdL

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
Telefon 0211 837-01
poststelle@stk.nrw.de

**Verordnung
über die Aufstellung von Wahlbewerbern
und die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlungen
für die Wahl zum 18. Landtag Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen der
COVID-19-Pandemie
(COVID-19-Wahlbewerberaufstellungsverordnung NRW)**

Vom X. Monat 2021

Auf Grund des § 46 Absatz 6 des Landeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. August 1993 (GV. NRW. S. 516), der durch Gesetz vom 9. Februar 2021 (GV. NRW. S.154) eingefügt worden ist, verordnet das Ministerium des Innern mit Zustimmung des Landtags:

§ 1

Anwendungsbereich

Diese Verordnung gilt für die Aufstellung von Wahlbewerbern und die Wahl von Vertretern für die Vertreterversammlung für die Wahl zum 18. Landtag Nordrhein-Westfalen.

§ 2

**Möglichkeit zur Abweichung von Bestimmungen
des Landeswahlgesetzes und der Landeswahlordnung**

(1) Die Wahlvorschlagsträger führen die Wahl von Wahlbewerbern und von Vertretern für die Vertreterversammlungen in eigener Verantwortung nach ihren Satzungen und den gesetzlichen Bestimmungen nach Maßgabe dieser Verordnung durch.

(2) Von den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. August 1993 (GV. NRW. S. 516) in der jeweils geltenden Fassung und der Landeswahlordnung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 548, ber. S. 964) in der jeweils geltenden Fassung über die Wahl von Wahlbewerbern und von Vertretern für die Vertreterversammlungen können die Wahlvorschlagsträger bei der Aufstellung der Wahlbewerber für die Wahl zum 18. Landtag Nordrhein-Westfalen nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Verordnung abweichen.

§ 3

Möglichkeit zur Abweichung von Bestimmungen der Satzungen der Parteien

(1) Sofern die Satzung einer Partei oder Wählergruppe die nach dieser Verordnung zugelassenen Verfahren nicht vorsieht oder andere Regelungen enthält und aufgrund der Umstände, die zu der Feststellung des Landtages nach § 46 Absatz 6 Satz 2 des Landeswahlgesetzes geführt haben, nicht mehr rechtzeitig geändert werden kann, kann von Satzungsbestimmungen im Rahmen des nach § 2 Zulässigen durch Beschluss nach Absatz 2 abgewichen werden. Dabei kann auch von der satzungsgemäßen Zahl der Vertreter in der Vertreterversammlung abgewichen oder die in der Satzung gewählte Form der Versammlung im Sinne des § 18 Absatz 1 des Landeswahlgesetzes gewechselt werden. Soweit in der Satzung Mindestzahlen an Teilnehmern für die Beschlussfähigkeit von Mitglieder- und Vertreterversammlungen vorgegeben sind, können diese verringert werden.

(2) Den Beschluss über die Abweichung von den Satzungsbestimmungen trifft für alle Gliederungen der Partei im Land der Landesvorstand, für Wählergruppen deren Vorstand. Der Beschluss des Landesvorstandes einer Partei kann durch Beschluss des Landesparteitags aufgehoben werden, der Beschluss des Vorstands einer Wählergruppe durch Beschluss der Mitgliederversammlung.

§ 4

Wahlgrundsätze und Verfahrensgrundsätze

(1) Die Wahlgrundsätze sowie die Regeln des Landeswahlgesetzes und der Landeswahlordnung über die Wahl von Wahlbewerbern und von Vertretern für die Vertreterversammlungen bleiben bei den in dieser Verordnung zugelassenen Verfahren ansonsten unberührt.

(2) Die Stimmberechtigten sind rechtzeitig über die Besonderheiten des nach den Bestimmungen dieser Verordnung gewählten Verfahrens zu unterrichten.

§ 5

Versammlungen mit elektronischer Kommunikation

(1) Versammlungen zur Wahl von Wahlbewerbern und von Vertretern für die Vertreterversammlungen können mit Ausnahme der Schlussabstimmung ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführt werden. Zulässig sind insbesondere

1. die Durchführung einer Versammlung ausschließlich im Wege elektronischer Kommunikation,
2. die Teilnahme einzelner oder eines Teils der Partei- oder Wählergruppenmitglieder an einer Versammlung nach § 18 Absatz 1 des Landeswahlgesetzes im Wege elektronischer Kommunikation und
3. die Durchführung einer Versammlung durch mehrere miteinander im Wege elektronischer Kommunikation verbundene gleichzeitige Teilversammlungen an verschiedenen Orten.

(2) Bei ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführten Versammlungen nach Absatz 1 sind das Vorschlagsrecht der Vorschlagsberechtigten, das Vorstellungsrecht der Bewerber und die Möglichkeit zur Kommunikation der Teilnehmer zu gewährleisten.

(3) Wenn einzelne oder alle Teilnehmer nur durch einseitige Bild- und Tonübertragung an der Versammlung teilnehmen, sind die Wahrnehmung des Vorschlagsrechts der Vorschlagsberechtigten, das Vorstellungsrecht der Bewerber und die Befragung zumindest schriftlich, elektronisch oder fernmündlich zu gewährleisten.

§ 6

Schriftliches Verfahren

(1) Das Verfahren zur Wahl von Wahlbewerbern und von Vertretern für die Vertreterversammlungen kann im schriftlichen Verfahren durchgeführt werden. Vorstellung und Befragung können dabei unter Nutzung elektronischer Medien erfolgen.

(2) Das Vorschlagsrecht der Vorschlagsberechtigten, das Vorstellungsrecht der Bewerber und der Zugang der Stimmberechtigten zu Angaben über die Person und das Programm der Bewerber sind in schriftlicher Form zu gewährleisten.

§ 7

Schlussabstimmung

(1) Die Schlussabstimmung über einen Wahlvorschlag kann im Wege der Urnenwahl, der Briefwahl oder einer Kombination aus Brief- und Urnenwahl durchgeführt werden, auch wenn dies nach der Satzung der Partei oder Wählergruppe nicht vorgesehen ist.

(2) Dabei ist durch geeignete Vorkehrungen zu gewährleisten, dass nur Stimmberechtigte an der Schlussabstimmung teilnehmen und das Wahlgeheimnis gewahrt wird.

(3) Soweit die Satzung einer Partei oder Wählergruppe keine einschlägigen Regelungen zur Abstimmung im Wege der Briefwahl enthält, finden die Bestimmungen zur Zurückweisung von Wahlbriefen nach § 31 Absatz 2 und des § 31 Absatz 4 des Landeswahlgesetzes entsprechende Anwendung.

§ 8

Entsprechende Anwendung von Bestimmungen und Mustern, Prüfung durch Wahlorgane

(1) Soweit sich Vorschriften und Muster nach dem Landeswahlgesetz und der Landeswahlordnung auf die Aufstellung von Wahlbewerbern oder die Wahl von Vertretern für die Vertreterversammlungen in Versammlungen beziehen, gelten diese für nach den Bestimmungen dieser Verordnung durchgeführte Verfahren entsprechend.

(2) Die besonderen Umstände der nach den Bestimmungen dieser Verordnung durchgeführten Verfahren sind in den von den Wahlvorschlagsträgern nach den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes und der Landeswahlordnung einzureichenden Unterlagen zu vermerken.

(3) Die Wahlorgane prüfen die von den Wahlvorschlagsträgern eingereichten Wahlvorschläge anhand der Vorschriften des Landeswahlgesetzes und der Landeswahlordnung nach Maßgabe der besonderen Vorschriften dieser Verordnung.

§ 9

Übergangsvorschriften

Stellt der Landtag fest, dass die Durchführung von Aufstellungsversammlungen nicht länger ganz oder teilweise unmöglich ist, so kann bei Verfahren, die vor dieser Feststellung nach den Bestimmungen dieser Verordnung begonnen oder durchgeführt wurden, von den Abweichungsmöglichkeiten dieser Verordnung für einen Monat ab dieser Feststellung weiter Gebrauch gemacht werden. Die Frist verlängert sich, wenn ansonsten die Abgabe des Wahlvorschlages nicht mehr in der Frist von § 19 Absatz 1 und § 20 Absatz 2 Satz 1 des Landeswahlgesetzes möglich wäre. Die Feststellung des Landtages nach Satz 1 wird im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht.

§ 10

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Diese Verordnung tritt sechs Wochen nach der Feststellung nach § 9 Satz 1 außer Kraft, spätestens jedoch mit Ablauf des 31. August 2022.

Düsseldorf, den . November 2021

Der Minister des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Herbert Reul

Begründung

A Allgemeiner Teil

Der Landtag hat gemäß § 46 Abs. 6 Satz 2 des Landeswahlgesetzes (LWahlG) am 26. November 2021 festgestellt, dass die Durchführung von Aufstellungsversammlungen aufgrund der epidemiologischen Lage, die durch die COVID-19-Pandemie hervorgerufen wurde, zumindest teilweise unmöglich ist. § 46 Absatz 6 LWahlG wurde durch das am 20. Februar 2021 in Kraft getretene Vierte Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes vom 9. Februar 2021 (GV. NRW. S. 154) eingefügt.

Damit ist das Ministerium des Innern gemäß § 46 Absatz 6 Satz 1 LWahlG ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Landtages von den Bestimmungen über die Aufstellung von Wahlbewerbern abweichende Regelungen zu treffen und Abweichungen der Parteien und Wählergruppen von entgegenstehenden Bestimmungen ihrer Satzungen zuzulassen, um, soweit erforderlich, die Benennung von Wahlbewerbern ohne Versammlungen im Sinne des § 18 LWahlG zu ermöglichen.

Da in der ersten Jahreshälfte 2021 die Vorbereitung der Bundestagswahl am 26. September 2021 vorrangig war, ist der Schwerpunkt der Kandidatenaufstellung für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen Ende 2021/Anfang 2022 zu erwarten. Bei kleineren und neuen Parteien und Wählergruppen schließt sich daran die Sammlung von Unterstützungsunterschriften an, die erst nach der Kandidatenaufstellung zulässig ist. Wahlvorschläge mit allen Anlagen müssen bis zum 17. März 2022 (59. Tag vor der Wahl) eingereicht werden.

Nachdem sich die Situation in den Sommermonaten entspannt hatte, sind in den letzten Wochen steigende Infektions- und Hospitalisierungszahlen festzustellen, die konsequente Maßnahmen des Infektionsschutzes wie Abstandsgebote, Maskenpflicht und Zugangsbeschränkungen für Versammlungen und Veranstaltungen erfordern, um das Infektionsgeschehen zu verlangsamen und zurückzuführen. Derartige Maßnahmen stehen jedoch zugleich der Durchführbarkeit von Aufstellungsversammlungen mit Präsenzpflcht für die Landtagswahl 2022 in den kommenden Monaten entgegen.

Die Verordnung ermöglicht die Aufstellung von Wahlbewerbern für die Wahl des 18. Landtags Nordrhein-Westfalen am 15. Mai 2022 auch unter den aktuellen Bedingungen der COVID-19-Pandemie. Sie enthält hierzu besondere Regelungen für die Durchführung von Versammlungen mit elektronischer Kommunikation (§ 5), für die Aufstellung von Wahlbewerbern im schriftlichen Verfahren (§ 6) und die Durchführung der Schlussabstimmungen (§ 7).

Nach der Verordnung können Wahlvorschlagsträger bei der Aufstellung von Wahlbewerbern für die Wahl des 18. Landtags Nordrhein-Westfalen von

Bestimmungen des LWahlG, der Landeswahlordnung (LWahlO) und ihrer Satzungen über die Wahl von Wahlbewerbern und von Vertretern für die Vertreterversammlungen nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Verordnung abweichen (§§ 2 und 3). § 4 stellt klar, dass die Wahlgrundsätze und die Regeln des LWahlG und der LWahlO ansonsten unberührt bleiben.

B Besonderer Teil

Zu § 1 (Anwendungsbereich)

§ 1 bestimmt den sachlichen Anwendungsbereich der Verordnung. Dieser umfasst die Wahl von Wahlbewerbern und von Vertretern für die Vertreterversammlungen für die Wahl zum 18. Landtag Nordrhein-Westfalen unter den Bedingungen der COVID-19-Pandemie.

Zu § 2 (Möglichkeit zur Abweichung von Bestimmungen des LWahlG und der LWahlO)

Nach § 2 Absatz 1 führen die Wahlvorschlagsträger die Wahl von Wahlbewerbern in eigener Zuständigkeit und Verantwortung nach den Bestimmungen ihrer Satzungen und den gesetzlichen Bestimmungen nach Maßgabe dieser Verordnung durch.

§ 2 Absatz 2 ermöglicht den Wahlvorschlagsträgern, bei der Aufstellung der Wahlbewerber für die Wahl zum 18. Landtag Nordrhein-Westfalen von den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes und der Landeswahlordnung, die die Wahl von Wahlbewerbern und von Vertretern von Vertreterversammlungen regeln, nach den Bestimmungen dieser Verordnung abzuweichen.

Zu § 3 (Möglichkeit zur Abweichung von Bestimmungen der Parteisatzungen)

Nach § 18 Absatz 7 LWahlG obliegt es den Parteien und Wählergruppen, das Nähere über die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung, über die Einberufung und Beschlussfähigkeit der Mitglieder- oder Vertreterversammlung sowie über das Verfahren für die Wahl der Bewerber durch ihre Satzungen zu regeln. § 3 gilt für den Fall, dass die Bestimmungen der Satzungen die Inanspruchnahme der durch § 2 zugelassenen Abweichungen von den gesetzlichen Vorschriften nicht vorsehen oder zulassen. In diesem Fall können Parteien und Wählergruppen nach § 3 Absatz 1 Satz 1 auch ohne satzungsrechtliche Regelung oder abweichend von ihrer Satzung von den Abweichungsmöglichkeiten des § 2 Gebrauch machen, wenn eine entsprechende Satzungsänderung wegen der epidemiologischen Lage nicht rechtzeitig möglich ist. Regelmäßig werden Parteitage zur Änderung der Parteisatzungen nicht mehr

rechtzeitig möglich sein, wenn Versammlungen pandemiebedingt nicht stattfinden können.

Die Zusammensetzung der Vertreterversammlungen fällt nach § 18 Absatz 7 LWahlG in die Satzungsautonomie von Parteien und Wählergruppen. Wenn nach den Satzungsbestimmungen die Zahl der an einer Mitgliederversammlung oder einer Vertreterversammlung teilnehmenden Personen angesichts der pandemiebedingten Lage zu groß ist, ermöglicht § 3 Absatz 1 Satz 2 den Parteien, bei der Durchführung von Vertreterversammlungen den Delegiertenschlüssel zu verändern oder unter epidemiologischen oder infektionsschutzrechtlichen Aspekten eine andere der nach § 18 Absatz 1 LWahlG zulässigen Versammlungsformen (Mitgliederversammlung, Vertreterversammlung) zu wählen. Gemäß § 3 Absatz 1 Satz 3 können in den Satzungen vorgegebene Mindestzahlen an Teilnehmern für die Beschlussfähigkeit von Mitglieder- und Vertreterversammlungen reduziert werden.

Nach § 3 Absatz 2 Satz 1 beschließt der Landesvorstand der Partei für alle Parteigliederungen im Land bzw. der Vorstand einer Wählergruppe, ob von den Satzungsbestimmungen abgewichen werden kann. Gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 kann zur Wahrung der Satzungsautonomie der Partei der Landesparteitag einen derartigen Beschluss des Landesvorstands aufheben. Soweit in einer Partei ein Landesverband nicht besteht, beschließt der Vorstand des nächstniedrigen Gebietsverbandes nach § 3 Absatz 2 Satz 1, ob von den Bestimmungen der Satzung abgewichen werden kann (vgl. § 20 Absatz 1 Satz 1 LWahlG, § 28 Absatz 1 Satz 2 i. V. m. § 23 Absatz 1 Satz 4 LWahlO). Entsprechendes gilt für Wählergruppen, bei denen die Mitgliederversammlung den Beschluss des Vorstands aufheben kann.

Zu § 4 (Wahlgrundsätze und Verfahrensgrundsätze)

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gelten die Wahlgrundsätze des Artikels 38 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes (GG) nicht nur am Wahltag, sondern grundsätzlich für das gesamte Wahlverfahren einschließlich der Wahlbewerberaufstellung in den Parteien (BVerfGE 41, 399 [413]; 89, 243, [251 f.]).

§ 4 Absatz 1 stellt klar, dass das gewählte Verfahren zur Wahl von Wahlbewerbern und Vertretern für die Vertreterversammlungen auch dann, wenn die Abweichungsmöglichkeiten nach Maßgabe dieser Verordnung in Anspruch genommen werden, ansonsten den Wahlgrundsätzen entsprechen muss. Von ihnen kann auch in einer epidemiologischen Sonderlage nicht abgewichen werden. Unberührt bleiben ferner die in den Bestimmungen des LWahlG und der LWahlO geregelten Verfahrensgrundsätze, soweit nicht nach § 2 Abweichungen von ihnen ausdrücklich zulässig sind.

Gemäß § 4 Absatz 2 müssen die Stimmberechtigten rechtzeitig über die Besonderheiten des Verfahrens unterrichtet werden. Die Unterrichtung hat in einer Weise zu erfolgen, die sicherstellt, dass die Mitgliederrechte wahrgenommen werden können.

Zu § 5 (Versammlungen mit elektronischer Kommunikation)

Wurde vom Landtag gemäß § 46 Absatz 6 Satz 2 LWahlG die Unmöglichkeit der Durchführung von Aufstellungsversammlungen festgestellt, lässt es § 5 Absatz 1 Satz 1 zu, dass Versammlungen zur Wahl von Wahlbewerbern und Vertretern für Vertreterversammlungen mit Ausnahme der Schlussabstimmung ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführt werden können. § 5 Absatz 1 Satz 2 nennt dabei beispielhaft drei denkbare Versammlungsformen:

Nach § 5 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 ist es möglich, eine Versammlung ausschließlich im Wege elektronischer Kommunikation durchzuführen, das heißt per Videokonferenzsystem, über das alle Teilnehmer zugeschaltet werden und miteinander kommunizieren können.

Nach § 5 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 können einzelne oder ein Teil der Partei- oder Wählergruppenmitglieder im Wege elektronischer Kommunikation an einer Präsenzversammlung im Sinne von § 18 Absatz 1 LWahlG teilnehmen.

Nach § 5 Absatz 1 Satz 2 Nummer 3 kann eine Versammlung auch durch mehrere gleichzeitige Teilversammlungen an verschiedenen Orten durchgeführt werden, die im Wege elektronischer Kommunikation verbunden sind. Auch bei Versammlungen, die ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführt werden, ist die Anzahl der teilnehmenden stimmberechtigten Mitglieder beziehungsweise Vertreter zu erfassen, da diese in den Niederschriften über die Mitglieder- und Vertreterversammlungen (Anlage 9a zu § 23 Absatz 3 Nummer 3 und Anlage 9b zu § 28 Absatz 2 Satz 4 LWahlO) anzugeben ist.

Die Aufzählung in § 5 Absatz 1 Satz 2 ist nicht abschließend: Beispielsweise kann eine Kombination von Versammlungen nach den Nummern 2 und 3 derart erfolgen, dass einzelne Partei- oder Wählergruppenmitglieder per Videokonferenz an einer Versammlung teilnehmen, die in Form mehrerer miteinander im Wege elektronischer Kommunikation verbundener gleichzeitiger Teilversammlungen an verschiedenen Orten durchgeführt wird.

Da § 5 Absatz 1 Satz 1 mit Ausnahme der Schlussabstimmung die gesamte Versammlung umfasst, können auch das Vorschlagsrecht der Vorschlagsberechtigten, das Vorstellungsrecht der Bewerber und die sonstigen Mitgliederrechte im Wege elektronischer Kommunikation wahrgenommen werden. Die Schlussabstimmung ist aufgrund der verfassungsrechtlichen Vorgaben ausgenommen (vgl. BVerfGE 123, 39 [68 ff.]). Ihre Durchführung richtet sich nach § 7.

In § 5 Absatz 2 werden Mindestanforderungen geregelt, die bei allen Formen von Versammlungen erfüllt sein müssen, die ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführt werden. Danach sind das Vorschlagsrecht der Vorschlagsberechtigten, das Vorstellungsrecht der Bewerber und die Möglichkeit der Kommunikation der Teilnehmer sicherzustellen.

Für den Fall, dass Teilnehmer nur durch einseitige Bild- und Tonübertragung an der Versammlung teilnehmen, der Versammlung zum Beispiel im Wege des Videostreamings folgen, ohne dabei die Möglichkeit zu haben, mit den Bewerbern zu kommunizieren, müssen die Wahrnehmung des Vorschlagsrechts der Vorschlagsberechtigten, das Vorstellungsrecht der Bewerber und die Befragung der Bewerber durch die Stimmberechtigten auf anderem Wege, beispielsweise schriftlich, elektronisch per E-Mail oder telefonisch, gewährleistet werden.

Zu § 6 (Schriftliches Verfahren)

Nach § 6 Absatz 1 können Wahlbewerber und Vertreter für die Vertreterversammlungen auch in einem schriftlichen Verfahren aufgestellt werden. Dieses Verfahren steht insbesondere für Parteien und Wählergruppen zur Verfügung, für die die Durchführung einer Versammlung ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation nicht oder nur schwer realisierbar ist oder die auf solche Verfahren nicht zurückgreifen wollen.

Das Vorschlagsrecht der Vorschlagsberechtigten, das Vorstellungsrecht der Bewerber und die sonstigen Mitgliederrechte werden schriftlich wahrgenommen. Gemäß § 6 Absatz 1 Satz 2 können Vorstellung und Befragung auch unter Nutzung elektronischer Medien erfolgen. Darunter fallen beispielsweise die Veröffentlichung von Vorstellungsvideos oder die Kommunikation über E-Mails bzw. soziale Netzwerke.

Auch bei Durchführung eines schriftlichen Verfahrens zur Wahl von Wahlbewerbern und Vertretern für Vertreterversammlungen sind gemäß § 6 Absatz 2 das Vorschlagsrecht der Vorschlagsberechtigten, das Vorstellungsrecht der Bewerber und der Zugang der Stimmberechtigten zu Angaben über Person und Programm der Bewerber in den Abläufen des schriftlichen Verfahrens auf geeignete Weise zu gewährleisten, um eine gleiche Entscheidungsgrundlage der Stimmberechtigten sicherzustellen.

Zu § 7 (Schlussabstimmung)

Nach § 7 Absatz 1 kann die Schlussabstimmung durch Urnenwahl (z. B. auch auf mehreren Teilversammlungen), Briefwahl oder eine Kombination aus Brief- und Urnenwahl erfolgen, auch wenn diese Verfahren in der Satzung der Partei oder Wählergruppe nicht vorgesehen sind. Eine Kombination von Brief- und Urnenwahl ist bei teilweise im Wege elektronischer Kommunikation durchgeführten Versammlungen denkbar, da hierbei die an der Versammlung teilnehmenden Mitglieder durch Urnenwahl vor Ort und die im Wege elektronischer Kommunikation an der Versammlung teilnehmenden Mitglieder durch Briefwahl abstimmen. Als Briefwahl gilt dabei auch die Ausübung der Briefwahl an Ort und Stelle (in der Geschäftsstelle einer Partei oder Wählergruppe) wie nach § 18 Absatz 6 LWahlO.

Die Regelung dient der Einhaltung der Wahlgrundsätze im Verfahren der Wahlbewerberaufstellung. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts gelten die Wahlgrundsätze des Artikels 38 Absatz 1 Satz 1 GG nicht nur am Wahltag, sondern grundsätzlich für das gesamte Wahlverfahren einschließlich der Wahlbewerberaufstellung in den Parteien (BVerfGE 41, 399 [413]; 89, 243, [251 f.]).

Der Wahlgrundsatz der Öffentlichkeit der Wahl aus Artikel 38 i. V. m. Artikel 20 Absatz 1 und 2 GG gebietet nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, dass alle wesentlichen Schritte der Wahl öffentlicher Überprüfbarkeit unterliegen. Ein Wahlverfahren, in dem der Wähler nicht zuverlässig nachvollziehen kann, ob seine Stimme unverfälscht erfasst und in die Ermittlung des Wahlergebnisses einbezogen wird und wie die insgesamt abgegebenen Stimmen zugeordnet und gezählt werden, schließt zentrale Verfahrensbestandteile der Wahl von der öffentlichen Kontrolle aus und genügt daher nicht den verfassungsrechtlichen Anforderungen (BVerfGE 123, 39, [68, 70]). Elektronische Abstimmungsverfahren sind daher im Verfahren der Wahlbewerberaufstellung nicht für die Schlussabstimmung zugelassen.

Schlussabstimmungen sind die endgültigen Abstimmungen über einen Wahlvorschlag. Bei der Wahlbewerberaufstellung können elektronische Verfahren zur Vorermittlung, Sammlung und Vorauswahl der Bewerbungen benutzt werden. Sie sind aber nur im Vorfeld und als Vorverfahren zur eigentlichen, schriftlich mit Stimmzetteln geheim durchzuführenden Abstimmung der Stimmberechtigten zulässig (vgl. Hahlen in: Schreiber, BWahlG, 10. Aufl. 2017, § 21 Rdnr. 28; für Landtagswahlen: Bay. VerfGH, Beschl. v. 11.11.2019, Az. Vf. 46-III-19).

Bei der Durchführung der Verfahren nach § 7 Absatz 1 ist sicherzustellen, dass nur die Stimmberechtigten teilnehmen und auch in diesen Verfahren das Wahlgeheimnis gewahrt wird. Ob dies beispielsweise durch Abgabe einer Eidesstattlichen Erklärung auf einem vom Stimmzettel getrennten Dokument oder in anderer Weise erfolgt, bestimmt die Partei oder Wählergruppe. Die Bestimmungen zur Zurückweisung von Wahlbriefen nach § 31 Absatz 2 und § 31 Absatz 4 LWahlG finden nach § 7 Absatz 3 entsprechende Anwendung, soweit die Satzung einer Partei oder Wählergruppe für solche Fälle keine Regelungen enthält.

Zu § 8 (Entsprechende Anwendung von Bestimmungen und Mustern, Prüfung durch Wahlorgane)

Nach § 8 Absatz 1 sind Vorschriften des LWahlG und der LWahlO, die sich auf die Aufstellung von Wahlbewerbern in Versammlungen beziehen, auf nach den Bestimmungen der Verordnung durchgeführte Verfahren entsprechend anzuwenden.

Dabei sind die besonderen Umstände des nach den Bestimmungen dieser Verordnung durchgeführten Verfahrens in den Unterlagen zu vermerken, die nach den Bestimmungen des LWahlG und der LWahlO mit einem Wahlvorschlag einzureichen sind. Dies betrifft beispielsweise die Niederschriften über die Mitglieder- und Vertreterversammlungen (Anlage 9a zu § 23 Absatz 3 Nummer 3 und Anlage 9b zu §

28 Absatz 2 Satz 4 LWahlO) und die Versicherungen an Eides Statt (Anlage 10a zu § 23 Absatz 3 Nummer 3 und Anlage 10b zu § 28 Absatz 2 Satz 3 LWahlO). Angaben, die sich auf die Durchführung von Versammlungen beziehen, sind dem gewählten Verfahren entsprechend vorzunehmen und die Verfahrensbesonderheiten auf den jeweiligen Formblättern zu vermerken. Ergänzende Ausführungen zu den Umständen des durchgeführten Verfahrens können gegebenenfalls auch in einem der Niederschrift beigelegten Beiblatt gemacht werden.

Die Wahlorgane prüfen gemäß § 8 Absatz 3 die von den Wahlvorschlagsträgern eingereichten Wahlvorschläge anhand der Vorschriften des LWahlG und der LWahlO nach Maßgabe der besonderen Vorschriften dieser Verordnung.

Zu § 9 (Übergangsvorschriften)

Aus Gründen des Vertrauensschutzes enthält § 9 Satz 1 für vor dieser Feststellung des Landtags begonnene und nicht abgeschlossene Verfahren eine Übergangsregelung, wonach von den in dieser Verordnung vorgesehenen Abweichungsmöglichkeiten für einen Monat ab dem Zeitpunkt dieser Feststellung weiter Gebrauch gemacht werden kann. Dadurch wird im Interesse einer ungestörten Kandidatenaufstellung zur Landtagswahl ermöglicht, dass eingeladene Versammlungen nach den zum Zeitpunkt der Einladung geltenden Regelungen beendet und bei bereits durchgeführten Versammlungen die Schlussabstimmungen per Briefwahl nach den Regelungen dieser Verordnung zu Ende geführt werden können, wenn die in § 46 Absatz 6 Satz 2 LWahlG genannten Umstände nachträglich entfallen sind.

Um den Betroffenen eine rechtssichere Berechnung der in § 9 Satz 1 genannten Übergangsfristen zu ermöglichen, wird der Beschluss des Landtags, dass die Voraussetzungen des § 46 Absatz 6 Satz 2 LWahlG nicht mehr vorliegen, nach § 9 Satz 2 im Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein-Westfalen veröffentlicht.

Zu § 10 (Inkrafttreten, Außerkrafttreten)

Die Vorschrift regelt das In- und Außerkrafttreten dieser Verordnung.

Gemäß § 10 Absatz 2 tritt diese Verordnung sechs Wochen nach der Feststellung des Landtages, dass die Voraussetzungen des § 46 Absatz 6 Satz 2 LWahlG nicht mehr vorliegen, außer Kraft.

Die Verordnung tritt spätestens mit Ablauf des 31. August 2022 außer Kraft, wenn der Landtag nicht zuvor festgestellt hat, dass die Voraussetzungen des § 46 Absatz 6 Satz 2 LWahlG nicht mehr vorliegen.